

# Niederschrift

## über die 10. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft

**Sitzungstag:** 21.09.2022  
**Sitzungsort:** Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus  
**Sitzungsdauer:** 16:31 Uhr bis 19:56 Uhr

### Teilnehmerverzeichnis:

#### **Vorsitzende**

Vredenborg, Elke

#### **Stellvertretende Vorsitzende**

Montigny, Bettina

#### **Ausschussmitglieder**

Albers, Udo

Beckmann, Sina

Harjes, Olaf

Hartwig, Marcus

Menger, Jenny

anwesend bis 17:45 Uhr

#### **Grundmandat**

Theemann, Hendrik

#### **Verwaltung**

Albers, Jan Edo, Bürgermeister

Berens, Philipp

Hooke, Jule

Rüstmann, Dietmar

Schaus, Hans Wilhelm

Schepers, Rieke

#### **Gäste**

Hoppe, Lüder

zu TOP 10

Weydringer, Herbert

zu TOP 6,11 und 12

#### **Entschuldigt waren:**

#### **Ausschussmitglieder**

Bollmeyer, Matthias, Dr.

# Tagesordnung:

## Öffentlicher Teil

### TOP 1. Eröffnung der Sitzung

**Die Vorsitzende** eröffnet die Sitzung um 16:31 Uhr.

### TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

**Die Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

### TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

**Die Vorsitzende** stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

### TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen. **Die Vorsitzende** bittet um Zustimmung der Ausschussmitglieder, dass die Tagesordnungspunkte 6,11,12 und 10 vorgezogen werden, damit die Vortragenden danach die Sitzung verlassen können. Da seitens der Ausschussmitglieder keine Einwände erhoben werden, setzt **die Vorsitzende** die Sitzung anschließend fort.

### TOP 5. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

**Die Vorsitzende** unterbricht die Sitzung um 16:33 Uhr, um anwesenden Einwohnern die Möglichkeit zur Fragestellung zu geben. Davon wird kein Gebrauch gemacht, sodass **die Vorsitzende** die Sitzung um wieder eröffnet.

### Zuständigkeit des Rates:

### TOP 6. Bebauungsplan Nr. 81 "Stadtmitte /Am Kirchplatz" im beschleunigten Verfahren nach § 13 a mit örtlichen Bauvorschriften; hier : Abwägung nach Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BbauGB und Satzungsabschluss Vorlage: BV/0268/2021-2026

**Die Vorsitzende** verweist auf die Vorlage und übergibt das Wort an **Herrn Weydringer** vom Planungsbüro HW Stadtplanung. **Er** erläutert anhand der im Anhang dieser Niederschrift beigefügten Präsentation, dass man mit der planerischen Überlegung versucht habe, den Einzelhandel am Kirchplatz zu erhalten. Anschließend präsentiert **er** die abgegebenen Stellungnahmen und Abwägungen.

**Die Vorsitzende** dankt für den Vortrag, weist auf den Beschlussvorschlag und lässt über diesen abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Der Rat der Stadt Jever beschließt über die diesem Beschluss beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während der Auslegung nach § 3 Abs. 2 und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Anregungen und Hinweisen.**
- 2. Der Rat der Stadt Jever beschließt den Bebauungsplan Nr. 81 „Stadtmitte/ Am Kirchplatz“ mit örtlichen Bauvorschriften gemäß § 84 Abs. 3 NBauO nebst Begründung gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung. Dem Bebauungsplan wird die beigefügte Begründung beigegeben.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen:

**TOP 7. Entwicklung neuer Baugebiete**  
**Vorlage: BV/0276/2021-2026**

**Herr Rüstmann** stellt anhand der dieser Niederschrift im Anhang beigefügten Präsentation die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Jever kurz vor. Vorschlag der Verwaltung sei es, Bauland in moderatem Maß weiter zu entwickeln. Die potentiellen Flächen stehen derzeit in Privateigentum und müssten angekauft werden, um zu Bauland entwickelt werden zu können. **Der Bürgermeister** weist zudem darauf hin, dass Sinn der Baulandentwicklung sei, die Strukturen in Jever zu wahren. Es bestehe dann die Chance, Bauwillige befriedigen zu können und nicht an umliegende Gemeinden verweisen zu müssen.

**Herr Theemann** kann sich der Vorlage und dem Beschlussvorschlag anschließen.

**Frau Beckmann** weist auf die ca. 100 neu entstehenden Wohneinheiten durch die Ausweisung des ökologischen Baugebietes hin. **Sie** plädiert dafür, die Schöfelwiesen abschließend zu vermarkten und sich dann zunächst auf die Vermarktung des ökologischen Baugebietes zu konzentrieren. Dort könne man aus den Erfahrungen lernen und diese für mögliche Neubaugebiete nutzen. **Ihr** sei bewusst, dass die Ausweisung neuer Wohngebiete auch für den Haushalt wichtig sei, dennoch bestehe derzeit kein Handlungsdruck. **Sie** sehe oft, dass der demografische Wandel es ermöglicht, dass junge Leute in Jever Bestandsimmobilien kaufen, anstatt neu zu bauen.

**Herr Udo Albers** erklärt, dass die SWG-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung unterstütze, da somit vorausschauend gehandelt werde.

**Frau Montigny** sieht auch keinen aktuellen Handlungsdruck und plädiert dafür die Entscheidung vorerst aufzuschieben.

**Herr Hartwig** empfindet die Entscheidung als sehr wichtig, da der Verwaltung sonst die Möglichkeit zum Handeln genommen werde. Ein gewissem Maß an Flexibilität sei wichtig.

**Der Bürgermeister** verdeutlicht, dass es nicht darum gehe, dass in den nächsten 2-3 Jahren ein neues Baugebiet entstehe. Es müsse lediglich eine Entscheidung getroffen werden, ob der derzeitige Weg weiterverfolgt werden solle, Verhandlungen für die betroffenen Flä-

chen zu führen. Dies bedeute nicht, dass die Flächen sofort zu Bauland entwickelt werden würden. Die Verhandlungen seien lediglich eine strategische Ausrichtung, um sich mögliche Flächen zu sichern.

Nach weiterer Aussprache stellt **die Vorsitzende** den großen Diskussionsbedarf fest und schlägt vor, die Thematik zurück in die Fraktionen zu geben und anschließend erneut im Ausschuss zu beraten. **Herr Rüstmann** bringt an, dass der Termin für den Fachausschuss im Oktober durch zwei große Themen bereits gefüllt sei und schlägt somit die übernächste Sitzung für die erneute Beratung vor.

**Herr Udo Albers** verweist noch einmal auf die eigens für diese Themen veranstaltete interfraktionelle Sitzung, kann dem Vorschlag der Zurückstellung jedoch folgen.

Sodann lässt **die Vorsitzende** über den neuen Beschlussvorschlag abstimmen.

### ***Beschlussvorschlag:***

***Die Angelegenheit wird in die Fraktionen zurück verwiesen.***

Abstimmung: ohne Gegenstimme beschlossen: Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1

### **TOP 8.            Entwicklung neuer Gewerbeflächen Vorlage: BV/0277/2021-2026**

**Herr Rüstmann** stellt die Entwicklungspotentiale für ein Gewerbegebiet anhand der dieser Niederschrift im Anhang beigefügten Präsentation kurz vor.

Auf Nachfrage von **Herrn Udo Albers** erklärt **Herr Rüstmann**, dass die Festsetzung der Nutzungsmöglichkeiten der Erweiterungsflächen noch mit den Planern abzusprechen seien.

**Herrn Harjes** sei bewusst, dass eine Ausweisung eines Gewerbegebietes nötig sei. **Er** bittet dennoch um Vermeidung unnötiger Versiegelung. Das neue Gebiet solle möglichst ökologisch gestaltet werden. Wohnen solle man in solch peripherer Lage nicht zulassen und ein qualitativ hochwertiges Gebiet mit entsprechenden Vermarktungspreisen schaffen. Zudem regt er an, auch die Möglichkeit eines interkommunalen Gewerbegebietes in Wiefels mit Anschluss an die Abwärme der Mülldeponie in einer Machbarkeitsstudie zu prüfen.

**Herr Rüstmann** wirft ein, dass dafür zunächst überhaupt geklärt werden müsse, ob seitens der Gemeinde Wangerland Interesse an einem interkommunalen Gewerbegebiet bestehe und weist zudem auf das interkommunale Gewerbegebiet in Roffhausen hin. **Der Bürgermeister** sichert zu, mit dem Bürgermeister der Gemeinde Wangerland über die Möglichkeiten zu sprechen.

**Frau Beckmann** erklärt, dass eine Machbarkeitsstudie alle Möglichkeiten aufzeigen sollte und deswegen auch Alternativen in Betracht gezogen werden sollten. Auch **sie** plädiert zu einem möglichst ökologisch gestalteten, hochwertigen Gewerbegebiet.

**Herr Udo Albers** unterstützt die Entwicklungen neuer Gewerbeflächen. So würden Chancen entstehen, die derzeit noch gar nicht sichtbar seien.

**Herr Theemann** erläutert, dass eine Machbarkeitsstudie sinnvoll sei. Dennoch plädiert auch er dazu, alle Alternativen zu überprüfen.

Nachdem **der Bürgermeister** den Beschlussvorschlag abgeändert hat, lässt **die Vorsitzende** über diesen abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Vorschlag der Verwaltung, im Bereich des Bebauungsplans 66 neue Gewerbeflächen zu erschließen und diesen zu erweitern, wird vom Grundsatz her zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung erhält den Auftrag, eine Machbarkeitsstudie hierzu mit einer Kostenschätzung für eine schrittweise Erschließung und zu einem etwaigen interkommunalen Gewerbegebiet in Wiefels durchzuführen. Auf der Basis der Machbarkeitsstudie ist dann eine endgültige Entscheidung zu treffen.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen:

**TOP 9. Ersatzneubau Brücke Albanistraße/Schlossstraße; Bereitstellung des Eigenanteils  
Vorlage: BV/0275/2021-2026**

**Herr Rüstmann** zeigt anhand der dieser Niederschrift im Anhang beigefügten Präsentation auf, dass schnellstmöglich eine Lösung gefunden werden müsse, da ein Monitoring zur Standsicherung bereits jetzt zweimal jährlich nötig sei. Ein Gespräch mit **Frau Dr. Prof. Sander** vom Team des Jeveraner Schlosses ergab, dass die Mauer mithilfe eines Förderprogramm bis spätestens 2024 saniert werden soll, weshalb die Brückenkonstruktion im Sommer 2023 erneuert werden muss. **Er** stellt zudem die Möglichkeit dar, auf die Brückenkonstruktion zu verzichten und den Straßenverlauf zurück zu bauen. Hierfür würde jedoch ein neuer Generalverkehrsplan benötigt werden, was den zeitlichen Rahmen aufgrund des akuten Handlungsdruck wegen der technischen Mängel übersteigen würde.

Auf Nachfrage von **Herr Harjes**, ob die Kosten für die im Mai vorgestellte Möglichkeit einer Spundwand bereits durchgerechnet wurden, erwidert **Herr Rüstmann**, dass ein Neubau der Brücke unerlässlich sei, wenn man die Breite der Straße halten wolle. **Herr Schaus** bestätigt dies und weist darauf hin, dass derzeit lediglich grobe Kostenschätzungen ohne konkrete Lösungen vorliegen. Auch **Herr Udo Albers** bittet darum, fachlich beurteilen zu lassen, ob eine Spundwand möglich sei. **Er** sehe dies als eine langfristige Lösung für die Zukunft an.

Auch **Herr Theemann** bittet um die Beleuchtung der alternativen Möglichkeiten.

**Herr Rüstmann** erwidert, dass das Gefahrenpotential schnellstmöglich abgestellt werden müsse. Er verweist zudem darauf, dass bei einem Rückbau der Straße die Anlieger über das Beitragsrecht herangezogen werden müssten. Zudem sei dann ein neuer Verkehrsplan nötig, da der Rahmenplan für die Wallanlagen bereits eine Verschmälerung der Fahrbahn für die Lindenallee am Schlosserplatz vorsehe und der Verkehr neu gelenkt werden müsste. Aufgrund dessen betont auch **der Bürgermeister**, dass der Erhalt des Straßenverlaufs seitens der Verwaltung gewünscht werde.

**Frau Beckmann** bittet darum, alle Möglichkeiten mit den aufkommenden Kosten aufzuzeigen und gegenüber zu stellen. Der Verkehr werde aus ihrer Sicht automatisch anders gelenkt, sobald man den Bereich für Kraftfahrzeuge unattraktiver gestaltet. **Herr Harjes** schließt sich den Ausführungen von **Frau Beckmann** an.

**Herr Rüstmann** verdeutlicht erneut, dass die anderen Alternativen zum Ersatzbau der Brückenkonstruktion die Änderung des Verkehrsplan voraussetzen würden, welches ebenfalls

mit hohen Kosten verbunden sei. Die Albanistraße sei keine schützenswerte Fußgängerzone die gestärkt oder vom Kraftfahrzeugverkehr befreit werden müsse. Es gäbe zu viele Probleme, die auf einen Nenner gebracht werden müssten, als das eine andere Alternative außer der Neubau der Brückenkonstruktion sinnvoll, schneller oder kostengünstiger sei.

**Herr Theemann** erklärt, dass der Neubau der Brückenkonstruktion zwar für die Verwaltung alternativlos sei, für die Politik jedoch nicht. **Er** sehe die Albanistraße als Fortführung der Wallanlagen an und somit ebenso schützenswert wie die Lindenallee Höhe des Schlosserplatzes. Die Entschleunigung der Albanistraße sei für ihn deshalb im Sinne des Tourismus- und Rahmenplanes der Wallanlagen.

**Der Bürgermeister** formuliert anschließend den Beschlussvorschlag um.

Sodann lässt **die Vorsitzende** abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

***Der Durchführung der Baumaßnahme „Ersatzbau Brücke Albanistraße/ Schlossstraße“ in 2023 wird zugestimmt. Die laut Kostenschätzung erforderlichen Haushaltsmittel von 2.302.927,32 € zuzüglich ca. 150.000 € für Ingenieurleistungen sind mit dem Haushalt 2023 zur Verfügung zu stellen. Der zu erwartende Zuschuss beträgt maximal 1.471.756,39 €.***

***Die Verwaltung wird zudem beauftragt, Alternativlösungen für die künftige Ausgestaltung der Albanistraße/ Schlossstraße auszuarbeiten und vorzulegen.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen:

### **Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:**

**TOP 10.      Entwicklung des Baumbestandes in der Schützenhofstraße;  
hier: Zustandsbericht und voraussichtliche Entwicklung  
Vorlage: MV/0273/2021-2026**

**Die Vorsitzende** begrüßt **Herrn Hoppe** vom Planungsbüro G. & L. Hoppe und übergibt das Wort an ihn. **Herr Hoppe** stellt sich und sein Büro kurz vor und erklärt anschließend anhand der im Anhang dieser Niederschrift beigefügten Präsentation die Aufgaben und Problematiken der Platanen in der Schützenhofstraße. **Er** weist auf den Fehler in der Präsentation hin, dass die Anzahl der Pflanzinseln ohne Entwässerungsmulde nicht 10, sondern 3 in der Anzahl sind. Abschließend fasst **er** zusammen, dass nicht die Frage gestellt werden müsse, ob, sondern wann die Platanen ersetzt werden müssen. Nach einer Abwägung wurde jedoch deutlich, dass kein Handlungsdruck bestehe. Es sei möglich abzuwarten, bis die Massaria-krankheit auftritt. Dies könne bereits nächstes, jedoch auch erst in 10 Jahren soweit sein.

**Herr Hoppe** bestätigt auf Nachfrage von **Herrn Hartwig**, dass auch die ausgewählten Sorten für die Neubepflanzung die Umgebung um 3 Grad Celsius runterkühlen können.

**Frau Beckmann** zeigt auf, dass die Chance bestehe, vorausschauend ökologisch zu denken. Man könnte im Zuge der Neubepflanzung gleichzeitig die Möglichkeit zur Neugestaltung des Straßenraumes nutzen. **Herr Hoppe** erklärt zudem auf Nachfrage von **Frau Beckmann**, dass die Pflanzgruben teilweise versiegelt werden, um Parkraum zu schaffen.

**Herr Udo Albers** findet es schade, wenn die augenscheinlich gesunden Bäume mit den großen Kronen beseitigt werden sollen. **Er** lehnt die vorsorgliche Entsorgung der gesunden Bäume ab. Die Kosten für die neuen Platanen könne man nach und nach in den nächsten Haushalt einplanen und parallel neue Bäume pflanzen.

**Herr Berens** berichtet, dass die Platanen derzeit bereits alle zwei Jahre bearbeitet werden müssen. Es sei sinnvoller abzuwarten, bis die Massariakrankheit eintritt und die Bepflanzung dann zu ersetzen, um unterschiedliche Entwicklungsstände der Bepflanzung zu vermeiden. Zudem sei keine Fläche für die vorausschauende Schaffung zusätzlicher Pflanzbeete vorhanden.

Auch **Herr Hoppe** erachtet es als sinnvoll, die Platanen zu halten bis die Massariakrankheit auftritt, oder der Straßenraum neu gestaltet wird.

**Der Bürgermeister** weist auf eine Begehung mit der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLSTBV) aus Aurich, dem Fahrradbeauftragten und der Straßenmeisterei am 19.09.2022 hin. Nach der Besichtigung wurde deutlich, dass Handlungsbedarf bestehe; die Schützenhofstraße sei jedoch eine Landesstraße und werde somit nicht durch die Stadt Jever unterhalten. Die Stadt sei lediglich für die Fußwege, Parkbuchten und Pflanzbeete zuständig. Da die Schützenhofstraße nicht auf der Prioritätenliste des Landes steht, werden die Schäden nur punktuell behoben.

**Herr Theemann** weist zudem darauf hin, dass es im Stadtgebiet Jever Fahrradwege in schlechterem Zustand gäbe als der Weg entlang der Schützenhofstraße.

**Herr Harjes** hingegen sieht massiven Handlungsdruck für diesen Fahrradweg. Es sei keine Lösung, die Probleme auf das Land zu schieben. **Frau Beckmann** unterstützt diese Ansicht und fragt nach dem Zeitfenster für mögliche Baumaßnahmen, wenn jetzt nur Ausbesserungen geplant seien. **Der Bürgermeister** berichtet, dass das Zeitfenster für die Platanen von dem Auftreten der Massariakrankheit bestimmt werde. Die Stadt Jever habe jedoch keinen Einfluss auf die Entscheidung des Landes Niedersachsen, wann die Schützenhofstraße neu gestaltet werden soll.

**Die Vorsitzende** bedankt sich bei **Herrn Hoppe** für den ausführlichen Vortrag und verabschiedet Herrn Hoppe und Herrn Weydringer.

Zur Kenntnis genommen.

**TOP 11.      Bebauungsplan Nr.40 "Friesenweg/ Ibenweg" 2. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB mit örtlichen Bauvorschriften;  
hier : Vorstellung des Vorentwurfs  
Vorlage: BV/0269/2021-2026**

**Die Vorsitzende** verweist auf die Vorlage und übergibt das Wort an **Herrn Weydringer**. **Er** erklärt die vorhandene Baustruktur des Baugebietes und die nun auftretenden Probleme. Nachdem **er** das aktuelle und zukünftig geplante Planungsrecht gegenüber gestellt hat, weist er darauf hin, dass eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung Sinn mache, um Betroffenen die Möglichkeit der Stellungnahme zu geben.

**Die Vorsitzende** dankt für den Planentwurf, welcher die Absichten des ursprünglich gestellten Antrages gut umgesetzt habe. **Sie** fragt, ob in den genannten WA 3 und 4 zukünftig Staffelgeschosse möglich seien. **Herr Weydringer** verneint dies. Der Ausschluss der Staffelgeschosse werde durch die textlichen Festsetzungen, insbesondere durch die Festlegung der Traufhöhe gesichert.

**Herr Udo Albers** stellt fest, dass der ursprüngliche Gedanke des Antrages war, die Lebensqualität der Anwohner in den Quartieren zu sichern. Durch die Planung sei dennoch eine Hinterliegerbebauung und Verdichtung möglich. **Herr Weydringer** erklärt, dass man durch die Schaffung mehrerer kleiner Bauteppiche den Bau von sogenannten „Blöcken“ vermeiden wolle, ohne die Grundstücke durch die Wegnahme des Bauteppichs zu entwerten. Nachbarschaftliche Grenzen können ohnehin nicht in einem Bebauungsplan geregelt werden. Es werde jedoch gesichert, dass sich eine übliche Siedlungsstruktur entwickeln könne.

**Der Bürgermeister** verdeutlicht, dass eine Entwicklung der Bebauung ermöglicht werde. Den Eigentümern der Grundstücke bleibe weiterhin offen, ob sie ihr Grundstück verkaufen wollen. Der vorgestellte Vorentwurf sei ein guter Vorschlag für einen rechtlichen Rahmen, welcher es schafft, die Verdichtung zu steuern.

**Herr Harjes** schließt sich den Ausführungen des Bürgermeisters an. Der Vorentwurf sei sozial verträglicher als das derzeitige Planungsrecht.

**Frau Montigny** schließt sich ihren Vorrednern ebenfalls an. **Sie** weist darauf hin, dass die Möglichkeit bestehe, dass die großen Grundstücke von mehreren Generationen genutzt werden können.

**Die Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage und lässt über diese abstimmen.

### ***Beschlussvorschlag:***

***Der von dem Planungsbüro HWPlan Stadtplanung vorgestellte Vorentwurf wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird gebeten, mit diesem Vorentwurf das frühzeitige Öffentlichkeits- und Beteiligungsverfahren (§§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB) durchzuführen.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen:

**TOP 12.      Bebauungsplan Nr. 26 "Stadtmitte/ Alter Markt" - 4. vereinfachte Änderung -;**  
**hier: Vorstellung des Entwurfs und Auslegungsbeschluss**  
**Vorlage: BV/0270/2021-2026**

**Die Vorsitzende** verweist auf die Vorlage und übergibt das Wort an **Herrn Weydringer**. **Er** weist darauf hin, dass die Entscheidungsfindung in solchen Prozessen sehr schwierig sei. Anhand der im Anhang dieser Niederschrift beigefügten Präsentation zeigt er die aktuelle Situation und die Problematik des geplanten Vorhabens auf. **Er** verweist zudem darauf, dass andere Kommunen dieses Problem häufig mithilfe einer Sondernutzungssatzung regeln. Da man durch die Änderung des Bebauungsplanes den Ergebnissen der Rahmenplanung des Alten Marktes vorgreifen würde, sei seine Empfehlung noch abzuwarten, bis konkrete Ergebnisse von **Herrn Glaßl** (Fachplaner für den Rahmenplan des Alten Marktes) vorliegen werden. Andernfalls sei ein Einschreiten der Denkmalpflege zu erwarten.

**Die Vorsitzende** weist darauf hin, dass man in der ersten Sitzung zu diesem Thema zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen sei. Die Probleme seien weiterhin vorhanden.

Auch **Herr Udo Albers** verweist auf den vorangegangenen Beschluss des Fachausschusses. Ihm sei schleierhaft, warum die Problematik erneut thematisiert werde.

**Die Vorsitzende** teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss den Fachausschuss beauftragt habe sich mit dem Thema erneut zu befassen.

**Herr Theemann** wirft ein, dass die Planung zur Änderung des Bebauungsplanes die Probleme gut erkannt und eine gute Lösung gefunden habe. Dennoch sei der Zeitpunkt schlecht gewählt. Man solle grundsätzlich größer denken und keine Insellösung schaffen. Zudem verweist er darauf, dass Jever die Stadt des Bieres sei. Es sie eine Art Corporate Identity, wenn jede Gastronomie die „Jever-Schirme“ als Wiedererkennungsmerkmal nutzen würden.

**Herr Harjes** sieht die Problematik nicht so negativ, stimmt der Empfehlung von **Herrn Weydringer** dennoch zu. Man solle abwarten und den ganzen Platz einheitlich betrachten.

**Herr Hartwig** regt an, dass seine Fraktion durch die Änderung des Bebauungsplanes die Gastronomie fördern wolle. Wenn jedoch ohnehin ein Veto der denkmalpflegerischen Fachaufsicht erwartet werde, mache es keinen Sinn die Planungen derzeit weiter zu verfolgen.

**Der Bürgermeister** weist darauf hin, dass der politische Ansatz des Verwaltungsausschusses war, die beiden Verfahren parallel laufen zu lassen, um schnelle Ergebnisse zu erzielen. In der nächsten Woche sei ein Gespräch mit dem Rahmenplaner für den Alten Markt geplant, in dem versucht werde, ein verträgliches Ergebnis zu erzielen. Zudem weist er darauf hin, dass die Denkmalpflege des Landkreises keine grundsätzlichen Probleme mit den Planungen habe. Dennoch gäbe es die Gefahr, dass die Fachaufsicht in Oldenburg eine andere Meinung vertritt.

**Herr Rüstmann** berichtet weiter, dass der Rahmenplan des Alten Marktes aufgrund des Förderprogrammes bis zum 31.03.2023 fertiggestellt sein muss. **Herr Glaß** hat bereits drauf hingewiesen, dass es vermutlich schwierig werde, diesen Termin zu halten. Das Förderprogramm ermögliche eine Verlängerung um sechs Wochen, welche bereits beantragt sei. Der Rahmenplan sei dann ca. Mitte Mai fertig gestellt.

**Herr Weydringer** betont, dass nicht abgewartet werden müsse, bis der Rahmenplan komplett fertig sei. Dennoch sei es wichtig abzuwarten, bis man den Entwürfen von **Herrn Glaß** eine fundierte Aussage entnehmen könne.

**Herr Theemann** vertritt die Meinung, dass die beiden Verfahren zu komplex seien, um sie parallel laufen zu lassen. Es käme nun ohnehin nicht mehr auf ein Vierteljahr an. Man solle zumindest die ersten Signale des Rahmenplaners abwarten.

**Die Vorsitzende** schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass die Änderung des Bebauungsplanes erst dann weiter beraten wird, wenn Gespräche mit dem Rahmenplaner **Herr Glaß** und der denkmalpflegerischen Fachaufsicht geführt und ein verträgliches Ergebnis gefunden wurde.

Sodann lässt **die Vorsitzende** über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

### ***Beschlussvorschlag:***

***Der von dem HWPlan Stadtplanung vorgestellte Entwurf wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem formellen Öffentlichkeits- und Beteiligungsverfahren (§§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB) abzuwarten, bis ein gut verträgliches Ergebnis gemeinsam mit Herrn Glaß (Fachplaner für den Rahmenplan des Alten Marktes) und der denkmalpflegerischen Fachaufsicht in Oldenburg erarbeitet wurde.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen:

**Eigene Zuständigkeit:**

**TOP 13. Genehmigung des Protokolls Nr. 9 vom 31.08.2022 - öffentlicher Teil -**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

**TOP 14. Mitteilungen der Verwaltung**

**Herr Rüstmann** teilt mit, dass das Verfahren für die Erweiterung der Paul-Sillus-Schule beendet wurde. Das Ergebnis wird in der nächsten Ausschusssitzung im Oktober vorgestellt.

**TOP 15. Anfragen und Anregungen**

**TOP 15.1. Anfrage von Herrn Harjes**

**Herr Harjes** bittet um Mitteilung des Sachstandes bzgl. des Fahrradunterstandes auf dem Platz vor der Tourismusinformation. **Herr Berens** berichtet, dass das Ingenieurbüros Piltz und Berends mit den Planungen beauftragt wurde.

**TOP 15.2. Anregung von Herrn Udo Albers**

**Herr Udo Albers** berichtet, dass viele Kraftfahrzeuge derzeit aufgrund der Sanierung der Landesstraße eine Abkürzung über Grappermöns nehmen. **Er** bittet darum, dass die Wegstrecke nach Abschluss der Baumaßnahmen mit Schotter ausgebessert werde.

**TOP 16. Schließen der öffentlichen Sitzung**

**Die Vorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:52 Uhr.

Genehmigt:

Elke Vredenburg

Vorsitzende/r

Jan Edo Albers

Bürgermeister

Rieke Schepers

Protokollführer/in